

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Ernst, Jan van Aken, Herbert Behrens,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

– Drucksache 18/6818 –

Für eine lebendige Demokratie – Fairer Handel statt TTIP und CETA

A. Problem

Zurückweisung der bisherigen Verhandlungsergebnisse zum Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) der Europäischen Union mit Kanada; Beendigung der Verhandlungen über das Abkommen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA; Forderung nach Änderung der Außenhandels- und Investitionspolitik auf europäischer Ebene.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6818 abzulehnen.

Berlin, den 13. April 2016

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Katharina Dröge
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Katharina Dröge

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/6818** wurde in der 144. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. Dezember 2015 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion DIE LINKE. verlangt, dass die Bundesregierung das geplante Freihandelsabkommen CETA in der bisher verhandelten Form in den EU-Gremien und in der Öffentlichkeit als nicht annehmbar zurückweist und sich im Rat für eine Ablehnung des Verhandlungsergebnisses der Kommission einsetzt. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Einstellung der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA einzusetzen. Schließlich wird die Bundesregierung aufgerufen, auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, die Außenhandels- und Investitionsschutzpolitik der EU nachhaltig zu verändern. Künftige EU-Handels- und Investitionsabkommen dürften keine Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsvorschriften enthalten. Verhandlungen mit solch weitreichenden Wirkungen könnten nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne inhaltliche Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments stattfinden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6818 in seiner 74. Sitzung am 13. April 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/6818 in seiner 56. Sitzung am 13. April 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/6818 in seiner 60. Sitzung am 13. April 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/6818 in seiner 74. Sitzung am 13. April 2016 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/6818 zu empfehlen.

Berlin, den 13. April 2016

Katharina Dröge
Berichterstatteerin

